

Zwar bleibt Fracking zur Aufsuchung oder Gewinnung von Erdgas oder Erdöl in Schiefer-, Ton-, Mergel- oder Kohleflözgestein bis 2021 untersagt. Doch ein dauerhaftes Verbot von Fracking in diesen Gesteinsschichten ist höchst unwahrscheinlich. Denn mit der geplanten Durchführung von vier angeblich »wissenschaftlich begleiteten Probebohrungen« in diesen Bereichen wird die kommerzielle Nutzung bereits vorbereitet. Zwar stehen diese Probebohrungen unter dem Vorbehalt einer sechsköpfigen Kommission, doch deren positive Bewertung gilt als sicher: Vier der sechs in dieser demokratisch nicht legitimierten Kommission vertretenen Institutionen sind als industrienah bekannt. Umweltverbände oder andere Akteure der Zivilgesellschaft sind nicht vertreten. Schärfere Anforderungen an den Stand der Technik sind von der Kommission nicht zu erwarten.

Stattdessen läuft alles darauf hinaus, dass ab Ende 2021 sämtliche Arten von Erdgaslagerstätten in allen Tiefen durch Fracking kommerziell erschlossen werden dürfen. Die Energiekonzerne werden nicht müde, dies über ihre Lobbykanäle vehement zu fordern. Von einem Frackingverbot kann dagegen keine Rede sein.

## Wer Fracking nicht will, muss auch TTIP, CETA und US-LNG ablehnen

Die Freihandelsabkommen TTIP und CETA könnten Öl- und Gaskonzernen für milliardenschwere Schadensersatzklagen gegen Verbote und Regulierungen von Fracking den Weg ebnen. Internationale Konzerne, die in Europa investieren, könnten Fracking-Verbote, -Moratorien oder -Gesetze mit dem Hinweis auf entgangene Profite vor einem internationalen Tribunal anfechten.

US-Konzerne drängen mit ihrem gefrackten Gas mit aller Macht auf den europäischen Markt. Dabei werden sie massiv durch die Trump-Administration unterstützt, die Stimmung gegen die neue Pipeline NordStream 2 von Russland nach Deutschland macht. Das gefrackte Gas soll in verflüssigter Form

(LNG) über LNG-Terminals in Deutschland und anderen europäischen Ländern verkauft werden. Dabei hat dieses Erdgas aus der Schiefergasförderung in den USA durch das Entweichen von Methan eine noch schlechtere Klimabilanz als Kohle. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE lehnt den Vorstoß von EU-Kommissionspräsident Juncker ab, der in Washington steigende LNG-Importe nach Europa verspricht.

### **DIE LINKE. im Bundestag fordert:**

- Fracking ohne Ausnahmen verbieten: keine Erdgasförderung auf Kosten von Trinkwasser und Umwelt!
- Energiewende einleiten: Erdgas einsparen und mittelfristig durch erneuerbare Energien ersetzen!
- Bergrecht grundsätzlich reformieren: Vorrang für Mensch, Umwelt und demokratische Mitsprache!
- Wirksamer Wasser- und Umweltschutz im Bergbau!
- Wissenschaftliche Begleitung der Erdgasförderung unter Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen!
- Keine Erteilung neuer Aufsuchungserlaubnisse und Nicht-Verlängerung bereits erteilter Bergbauberechtigungen!
- TTIP und CETA stoppen!
- Kein Import von gefracktem Erdgas!

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128  
E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)  
V.i.S.d.P.: Sevim Dağdelen, Jan Korte, Caren Lay  
Redaktionsschluss: Januar 2019  
Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden!

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)**

# Fracking verbieten – ohne Ausnahmen und sofort!

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G



